

Mieter in Berlin müssen höhere Mieten zahlen, während Vorstände sich bereichern!

Die Berliner Zeitung beleuchtet die steigenden Mieten und Vorstandsgehälter bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, während Mieter unter finanziellen Belastungen leiden.



In Berlin kommt es zu einem Aufschrei wegen der exorbitanten Gehaltserhöhungen bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, während gleichzeitig die Mieten steigen. Laut einem Bericht der **Berliner Zeitung** führten die Co-Geschäftsführer von Degewo, Sandra Wehrmann und Christoph Beck, bereits im Jahr 2023 Gehälter von 351.671 Euro beziehungsweise 314.297 Euro ein – inklusive Boni und weiteren Zuschlägen liegt das Gesamtgehalt bei schockierenden 665.000 Euro. Während die Vorstandsgehälter Jahr für Jahr um bis zu 30.000 Euro steigen, stehen den Mietern drastische Mieterhöhungen bevor, die insgesamt mehr als 90.000 Berliner

Haushalte betroffen werden.

Die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften (LWU) planen, die Mieten im Durchschnitt um 32 bis 45 Euro pro Wohnung pro Monat zu erhöhen. Niklas Schenker von der Linken bezeichnet diese Gehaltssprünge als „eine Frechheit“, die in direkter Verbindung zu den verfehlten Neubauzielen des Senats stehen. Der Genossenschaftsvertreter kritisierte, dass „von Fairness keine Rede sein kann“, während die Mieter unter steigenden Lebenshaltungskosten leiden. Die **Haufe-Redaktion** konkretisiert, dass auch die Besoldung der Landesbeamten ab November 2024 um 200 Euro und zusätzlich um 5,5 Prozent ab Februar 2025 steigen soll. Dies geschieht zeitgleich mit den neuen Gehaltseingaben für die Tarifbeschäftigten ihrer Länder, wo diese von bis zu 3.000 Euro Inflationsausgleich profitieren.

Bedrohliche Mietsteigerungen und fatale Umstände

Durch die geplanten Mieterhöhungen sehen sich viele Haushalte gezwungen, zusätzliche hunderte Euros jährlich auszugeben, während die Gehaltssteigerungen bei den Vorständen ohne Transparenz und Überprüfung weiter zunehmen. Die Gespräche im Abgeordnetenhaus zeigen bereits jetzt Widerstand gegen diese Vorgänge und fordern eine That-Orientierung bezüglich Miet- und Gehaltspolitik. „Statt Mieter weiter zur Kasse zu bitten, sollte der Senat prüfen, wo Einsparungen wirklich möglich sind,“ appelliert Katrin Schmidberger von den Grünen. Der Druck wächst, die sozialen Vorgaben zu respektieren und eine gerechtere Verteilung der Ressourcen sicherzustellen.

Details

Quellen

- www.berliner-zeitung.de
- www.haufe.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de